

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Mitgliedsbeiträge pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage "Neue Welt" inkl. Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf. — Durch die Post bezogen (Postleistungszettel Nr. 4527) vierteljährlich 2,10 M., für 2 Monate 1,40 M., für 1 Monat 70 Pf. egl. Versiegeld.

Redaktion: Tanhauser Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telefon 2721.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Abonnementen werden die gespaltenen Zeitzeile oder deren Raum mit 25 Pf., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pf. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluss der Annahme von Abonnementen für die nächste Nummer frühestens 9 Uhr. — Ausgegebene Abonnementen können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tanhauser Straße 19/21. Geschäftsstelle 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen.

Steuerlos.

* Leipzig, 21. April.

Die parlamentarische Phase des Kampfes in Brüssel ist zu Ende. Die Revision ist abgelehnt! Was nun? fragt sich gespannt die gesamte klassenbewußte Arbeiterschaft der Welt, fragt sich jedermann, dessen Blut bei den ständlichen telegraphischen Nachrichten vom Kampfschafe rascher in den Adern rollt.

Wir schrieben in unserer vorletzten Nummer, die Stunde der Entscheidung würde im Laufe des Freitag nachmittags schlagen. An diesem Tage sollte nämlich in der Kammer der Antrag betreffend die Verfassungsrevision zur Abstimmung kommen. Die Situation schien wirklich den höchsten Punkt ihrer Spannung erreicht zu haben, und eine neue Wendung im nächsten Augenblick einzutreten zu müssen. Darauf deutete auch die Haltung der sozialistischen Abgeordneten hin. Sie bekämpften die von der Klerikalen Mehrheit bereits am Donnerstag beachtigte Ablehnung des Revisionsantrags mit solcher Verzweiflung, sie drohten mit so furchtbaren Folgen im Falle der sofortigen Eröffnung der Diskussion über den Antrag, daß jedermann dabei voraussehen mußte: hinter der Ablehnung der Revision stehe ein äußerster Entschluß der sozialistischen Partei im Hintergrund, der Schluss der parlamentarischen Phase würde sofort eine neue Phase des Kampfes eröffnen.

Und nun? Welches ist die Konsequenz, die die sozialistischen Führer aus der Ablehnung der Verfassungsrevision in der Kammer am Sonnabend gezogen? Welchen Entschluß haben sie für die Fortsetzung des Kampfes nun gefaßt? Gar keinen! Die mit solchen Schrecken, mit so furchtbaren Drohungen von ihnen erwartete Ablehnung war ruhig erfolgt, und — nichts ist geschehen, keine neue Wendung im Kampfe, kein Schritt vorwärts. Die streitenden Massen draußen harren; man verwies sie bis jetzt immer noch auf die in der Kammer vor sich gehende Räubergerie, man spannte ihre ganze Aufmerksamkeit und ihre Erwartungen auf den Ausgang der Kammerverhandlungen, und nun diese Verhandlungen den wohlerwarteten Ausgang genommen, dauert dieselbe Unentschlossenheit, dieselbe Unbestimmtheit. Ja, noch besser. Nun versuchen die Führer offenbar auch noch den Generalstreik, der ihnen unerwartet und allem Anschein nach auch unerwünscht kam, sich vom Halse zu schaffen und die 800 000 Arbeiter, die auf eine Entscheidung warten, einfach nach Hause zu schicken.

Nach einem Privattelegramm des Berliner Tageblatt vom 19. verließ Wandelové in dem großen Meeting im Volkshause, das nach jener Abstimmung in der Kammer

stattfand, die folgende Erklärung der liberalen Alliierten: „Die Liberalen grüßen die feste und ruhige Haltung der Streikenden, beschwören sie jedoch, die Arbeit wieder aufzunehmen, um nicht unnötig das Schwerste zu erleiden. Die nächsten Wahlen würden den Sieg der Opposition bringen.“ Diese Erklärung belobte der sozialdemokratische Führer in Ausdrücken, die darauf schließen lassen, daß auch der Vorstand der Arbeiterpartei im nächsten Augenblick mit derselben Aufforderung an die Arbeiter herantrete wird. Wir brauchen wohl unseren Lesern nicht erst zu sagen: nach der Niederlage in der Kammer nun auch noch den Generalstreik jetzt aufzulösen, heißt — die ganze Bewegung für jetzt erstickt und den großen Anlauf, den sie genommen, die lärmende Ouverture, mit der sie begonnen, „in einem schüchternen Knurren“ aufgehen zu lassen. Faßt der Generalrat der Arbeiterpartei wirklich den Entschluß, die Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit aufzufordern, dann ist der Kampf für den Moment verloren. Und zwar fällt in ähnlich verloren, — vor der entscheidenden Schlacht, ohne den eigentlichen Kampf. Denn alles, was wir bis jetzt haben, waren erst lauter Präliminarien, lauter Vorbereitungen, lauter Kräfteentfaltungen, Exerzierübungen, Waffenputzen. Zum Gebrauch der Kräfte ist es nicht gekommen, das Messer soll in die Scheide gesteckt werden, bevor es gebracht, die angekommene Energie in leere Luft verpufft werden, bevor sie sich entladen könnte.

Eine Sicherlichkeit wäre es, von Berlin oder Leipzig aus, das richtige Kräfteverhältnis in Belgien abzuschätzen und entscheiden zu wollen, ob es angebracht wäre, jetzt die Lösung zu einer Straßenrevolution auszugeben. Möglich, daß jetzt im offenen Zusammenstoß mit der bewaffneten Gewalt das Volk unterlegen müßte. Es fällt uns deshalb nicht ein, den belgischen Führern etwa den Vorwurf zu machen, daß sie nach dem Erschöpfen der parlamentarischen, der gesetzlichen Mittel nicht den Appell an die Gewalt machen.

Aber irgend eine Führung, irgend eine klare und konsequente Taktik müßten sie jedenfalls haben. Und ihr Handeln zeigt das direkte Gegenteil davon. Da ist bloß eine Reihe von Blitzen und Gegenzügen zu bemerken, ein chaotisches Tasten, ein unentschlossenes Hin- und Herwanken.

Wollten die belgischen Führer sich bloß auf den parlamentarischen Kampf beschränken, so hätten sie nicht so oft und so viel mit „äußersten Mitteln“, mit Revolution, mit Blutvergießen, mit Lebendopfern drohen und die Massen auf die Beine bringen sollen.

Wollten sie sich hingegen auf die Masse, auf die außer-parlamentarische Aktion stützen, dann waren ihre kampfhaften Anstrengungen unbegreiflich, den parla-

mentarischen Kampf möglichst in die Länge zu ziehen und, nun er ausgegangen, die Aktion der Massen schnellstig zu ersticken.

Erwarten sie im Ernst eine liberal-sozialistische Mehrheit bei etwaigen Neuwahlen auch noch unter dem geltenden Pluralwahlsystem, wie es in der älteren liberalen Erklärung heißt, so bleibt es unerklärlich, weshalb sie in der Kammer schwiegen und sich jeder Meinungsäußerung enthielten, als die Liberalen bereits vor einer Woche die Kammerauflösung und Neuwahlen forderten. Und noch unerklärlicher ist es, weshalb sie das ganze jetzige Munition, diese ganze mit so vielen Opfern verbundene Bewegung ins Leben gerufen, da es doch nur galt, ruhig die paar Jahre bis zu den regelmäßigen Neuwahlen zu warten, um die liberale Mehrheit zu zerstören.

Halten aber die belgischen Führer (wie auch wir) die Siegung der Klerikalen unter dem heutigen Wahlsystem für ausgeschlossen, also auch das schöne Versprechen der Liberalen für ein bloßes Geschwätz, für ein bloßes Mittel, die aufgeregt Arbeiterschaft nun zum Aufgeben des Generalstreiks zu bewegen, so ist es unbegreiflich, weshalb sie diese falschen Vorstellungen der Liberalen mitmachen und den Arbeitern die einzige richtige Waffe, die selbständige Massenaktion, aus der Hand reißen wollen.

Sollte endlich der ganze Kampf von vorneherein in gesetzlichen Schranken bleiben, dann sehen wir nicht ein, wozu überhaupt der Generalstreik inszeniert wurde, denn seine Wirkungslosigkeit auf die Klerikale Mehrheit, sobald ihm das drohende Gespenst der möglichen Revolution benommen wurde, stand von vorneherein fest.

War man aber entschlossen, nötigenfalls, nach Erschöpfung der gesetzlichen Mittel, andere zu Hilfe zu nehmen, dann ist es ratsam, weshalb eben der Generalstreik aufgelöst werden soll, just nachdem er seine Wirkungslosigkeit in gesetzlicher Form bewiesen hat.

Es ist notwendig, sich alle diese Fragen vorzulegen und überhaupt die innere Logik der Vorgänge in Belgien zu analysieren, weil es uns — o, möchten wir doch Unrecht behalten! — scheinen will, daß die Bewegung auf dem Sprunge ist, einfach im Sande zu verlaufen.

Die Taktik unserer Brüder in Belgien einer ersten kritischen Analyse zu unterziehen, scheint uns aber angesichts der ungeheuren Tragweite des Moments für das internationale Proletariat mehr angebracht, als daß in uns armen Sterblichen allen steckende Stück Hurra-Kanaille bloß Laute des Entzückens ausrufen zu lassen, und alles, was wir und andere Sozialisten thun, unbedingt herrlich, großartig und entzückend zu finden.

Seuilleton.

Nachdruck verboten.

Niobe.

Roman aus der Gegenwart von Jonas Lie.

Infolge der großen Aufregung kam Frau Bente fast nicht ins Bett. Sie lag im Halbschlaf und dachte an Erkältung und nasse Füße bei Tage und an Schlaftätern im offenen Schauer bei Nacht — grübelte darüber nach, ob sie Minka einen deutlicheren Wink geben sollte — oder ob es vielleicht klüger sei, ganz still zu schweigen. Warnungen und Ermahnungen erhielten so leicht den Beigeschmac häuslicher Autorität. — Vielleicht konnte sie ihr einen Wink geben, so leise, gleichsam als sei der Gedanke in ihr selbst aufgestiegen . . .

Sie steckte eine Flasche Magenbittern in ihren Mantel und fügte noch eine wollene Untertasse hinzu. Und dann begann im ganzen Hause der Lärm des Packens.

Das Frühstück, bestehend aus Kaffee, Butterbrot und Eiern, stand rechtzeitig auf dem Tisch; es galt, etwas Heißes zu genießen, ehe man sich in die kalte, feuchte Morgenluft hinausbegab . . .

Frisch bei Tagesgrauen — der Nebel lagerte noch wie langgezogene weiße Zäuden über dem Flusse und der Laut durchzäunte Fußzeug und Kleidersäume — war die Gesellschaft aufgebrochen.

Alles war zu zeitig wach gewesen, auf dem Hofe, so wohl Mensch wie Tier.

Der Morgen ward so lang und schleppte sich endlos hin von vier Uhr an, als die Leute ihre Sensen schärfsten, um im Morgentau Gras zu mähen, bis daß die Sonnenstrahlen um die fünfte Morgenstunde die große Glocke

erreichten, die zum Essen geläutet ward. Als sie bei dem Staarkosten an der Wand angelangt waren, schlug es erst halb sechs.

Auf dem Hofe herrschte, nachdem die Gäste fortgegangen, eine große Stille — gleichsam eine peinliche Ode . . .

Massi und Arent hatte es große Überwindung gestellt, so zeitig aufzustehen; aber jetzt wollten sie nicht wieder zu Bett.

Arents warmes, schweißiges Gesicht und seine strohübersäte Face gaben Runde, wie unverdrossen er den ganzen Morgen auf dem Hofe über die Fahrt von der Wiech nach der Scheune mitgemacht. Massi war draußen gewesen und hatte die frischen Eier gesucht; sie besaß das ausgesprochene Talent, die versteckten Nester ausfindig zu machen.

Zur gewohnten Stunde kam der Doktor zum Frühstück herunter; er hatte die ganze Nacht geschlafen.

„Na,“ sprach er, während er ein frisches Ei anschmiß, „Minka ist also doch mitgegangen . . . Hätte ich nur irgend ein Mittel gewußt, Bente, ich versichere Dich, ich hätte es verhindert — solch Bieneuerleben.“

„Glaube mir, Baarvig, die heutige Jugend ist nicht wie zu unserer Zeit; sie verlangt geistigen Unterhaltungsstoff; — sie lebt in allgemeinen Interessen.“

„Jaha — ha — ha, sie sollten also gleichsam keine Erdennmenschen, kein Fleisch und Blut mehr sein . . . Das glaubst Du nur . . . Deut ichreiben und reden . . . Philosophieren sie über das Wesen der Liebe . . . Wir faunten nur ein entweder — oder, wir. Aber diese hier verstehen den Dingen solch manigfaches Aussehen zu geben. Diese Herren und Damen, die sich — in Weisestgemeinschaft — im Walde herumtreiben.“

„Frisches, fröhliches Freiluftsleben wird zu etwas . . .

Besserem führen, als dieses alte, schattenhafte Herumschleichen in Gängen und Winkeln,“ meinte die Frau.

„Ah, dummes Zeug, Bente — Verliebte wollen sich immer verstehen!“

4.

Die Weiden vor dem Hauptgebäude auf Elvåg wurden ihrer letzten Blätter beraubt und ihre Kronen bogen sich sausend über den Dachfirst hinüber.

Es war unruhiges, graues Wetter, Sturm mit Strichregen, dann wochenlang bewölkt Himmel, oder stille, brütende Herbsttage mit Nebel und Staubbrennen. Der Doktor hüllte sich in Nebräzer und Gummimantel und fuhr im geschlossenen Cabriolett. Die Autzenthüre hielt man geschlossen und die Fußmatte und das Kreuzisen wurden von allerhand Stiefeln benutzt, die auf den Herbststrogen aufgeweichten Wegen daher gekommen waren und in das Studierzimmer des Doktors wollten.

Das Haus hatte an diesem Sonntag Doppelfenster bekommen; das Tageslicht war um eine Schattierung matter geworden und die Ofentürme gleichsam behaglicher und traulicher. Ab und zu rann in der dicken, nebligen Atmosphäre draußen ein Tropfen in krümmlende Windungen die Scheibe entlang, und in der Dachrinne hörte man es in kurzen Zwischenräumen vernehmlich tropfen.

Frau Baarvig und Massi waren zur Kirche gefahren und legten nachher eine kurze Visite im Pastorat ab. Auf dem Rückweg ließen sie sich wie gewöhnlich unten bei Niels Sägemühle über den Fluss sehen, um ein wenig bei ihm einzuschauen.

Bertha benutzte das Alleinsein und die Abwesenheit von Mutter und Schwestern, um oben im Schloßzimmer einen Brief zu schreiben.

Sie war für Ole, den Sohn des Amtmanns, ein

Reichspostleiter Stockmann und dem Vertreter des Reichsmarineamtes, Konteradmiral Schmidt. Die Gründe, mit denen Herr Schmidt gegen die Tiefstadellinie zu Felde zog, waren aber so fadencheinig, daß sie kaum eine andere Empfindung als Heiterkeit erwecken konnten. Auch zuckte der Herr Konteradmiral ausfällig zurück, als ihn der Ankläger Maab an ein Telegramm des Kaisers erinnerte, in dem die Einführung der Tiefstadellinie seitens der Hamburg-Amerika-Linie als eine "soziale That" gepriesen worden war. Jetzt entdeckte Herr Schmidt auf einmal, daß er eigentlich gar nicht gegen eine Verbesserung der Tiefstadellinie gesprochen habe.

Für unsere Partei trat Schwarz-Ulbeck in sachverständigen Ausführungen energisch für die unveränderliche Annahme der Resolution ein. Er wies auf die zahlreichen Schiffsunfälle infolge zu schwerer Ladung, mangelnder Seetüchtigkeit und zu geringer Belastung hin und verlangte dringend eine behördliche Kontrolle aller den Hafen verlassenden Schiffe in Bezug auf Belastung, Seetüchtigkeit und Beemannung. Seinen Forderungen schloß sich Abg. Maab durchaus an. Man mußte bei den Schilderungen der unerhörten Deliktfertigkeit, mit welcher der Reedereikapitalismus häufig das Leben der Seeleute aus Spiel setzt, an die Vorgänge in Heyermanns Schifferbrauerei. Die Hoffnung auf Segen denken, wo auch die Brutalität des Geldes Lebens und Glück der Schiffer schonunglos opfert . . .

Zu einer Abstimmung über die Resolution kam es noch nicht; diese soll erst bei der dritten Lesung erfolgen. Staatssekretär Graf Posadowsky hatte noch erklärt, daß die Regierung wenig befriedigt sei, im Sinne der Resolution eine befondere Reichsaufsichtsbehörde zu schaffen.

Darauf wurden die Ergänzungsgesetze zur Seemannsordnung debattiertlos angenommen und dann noch die sogenannte lex Rintelen betreffend die Wiedereinführung der Berufung in Strafsachen zur leichten Nutze bestimmt. Der Justizvortrag Rintelen hatte in der Kommission nicht leben und nicht sterben können, so sehr auch alle Parteien mit seiner sozialistischen Tendenz einverstanden waren. Die Kommissionsmitglieder kamen schließlich auf den Ausweg, dem Plenum vorzuholen, die "lex Rintelen" für erledigt zu erklären und die Regierung um baldmöglichste Vorlegung eines Gesetzentwurfs zu ersuchen, in dem die Wiedereinführung der Berufung in Strafsachen enthalten ist.

Herr Rintelen hielt seinem Lieblingsklub selbst die Grabrede; er hoffte, nun, wo man der Regierung ganz freie Hand lasse, werde die Sache hoffentlich beschleunigt werden. Die Antwort, die ihm Staatssekretär Dr. Nieberding gab, mußte aber seine frohe Erwartung erheblich dämpfen. Herr Nieberding erklärte, einzelne Regierungen seien immer noch gegen die Wiedereinführung der Berufung; er wolle aber die Sache möglichst beschleunigen.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Am Montag wird über die Servisvorlage und die Festigung des stiegenden Gerichtsstandes der Presse verhandelt werden.

Aus dem preußischen Landtag.

H. Berlin, 19. April. Das Abgeordnetenhaus beriet heute wiederum nur kleine Vorlagen und Petitionen. Eine längere Debatte knüpfte sich an die zur zweiten Lesung liegende Vorlage gegen die Verunstaltung landwirtschaftlich hervorrägender Gegenstände, eine eigentlich nur für die Bewohner des Rheinlandes in Beachtung kommende Vorlage, die den Centralsleuten Gelegenheit bot, einige verspätete Wahlreden zu halten. Auf Antrag des Centrums wurde der Entwurf zur nochmaligen Prüfung an die Kommission zurückgewiesen.

Die Petitionen, die auf der Tagesordnung standen, rührten zum weitaus größten Teile von Lehrern und Lehrerinnen an Volksschulen her, die durch das Lehrerbefreiungsgesetz infosofern benachteiligt sind, als ihnen die an Privatschulen zugebrachte Dienstzeit nur teilweise auf ihr Dienstalter angerechnet wird. Die Fülle dieser alljährlich wiederkehrenden Petitionen ist ein Beweis dafür, daß das Lehrerbefreiungsgesetz trotz des Aufhebens, das die Herren v. Miquel und Bosse davon gemacht haben, doch noch große Härten enthält.

Am Montag beginnt die dritte Lesung des Etats.

Neues vom Granitbecken.

Das große deutsche Vaterland versagt seit gestern über ein Denkmal mehr. Natürlich ist es das Denkmal eines Generals, des preußischen Kavallerieführers v. Rosenburg. Die Stadt Hannover hat das unüberwindliche Bedürfnis empfunden, das Andenken dieses Helden der Kriegsgeschichte in Erz und Stein festzuhalten, und die Enthüllung des Denkmals gestaltete sich in einer militärischen Demonstration. Sämtliche höhere Militärs und Civilbehörden waren dazu aufgeboten; der Westmarschall Graf Waldersee hielt eine von seinen bekannten schönen Reden und stellte der Kavallerie trotz der Verbannung der Feuerwaffen herrliche Tage in Aussicht.

Auch der deutsche Kaiser war eingetroffen und hielt dem vorstrebenden General eine Gedächtnisrede, deren Schlussworte bewundernswert sind. Sie lauten:

"Wir können — zurückblickend über das Leben des Generals v. Rosenburg — ein Gedenkwort schreiben, das fitt uns aber auch zu gleicher Zeit bis in alle Ewigkeit gelten soll: Ziel erreicht, so mögen wir auch aus dem heutigen einfachen Denkmal Sinnbild und Vorbild schöpfen. Aus märkischem Granit ein Block trug die Büste des Generals in Erz vergraut — so mögen auch Sie das Stück Granit unseres Heros, das sich Reiterei nennt, hegen, pflegen und kristallisierten lassen, das jeder, der darauf blickt, die Zähne verliert. In diesem Sinne erhebe Ich Mein Glas und trinke aus das Andenken des Generals, auf die deutsche Reiterei und den heraustragenden Vertreter derselben, den Generalfeldmarschall Grafen von Waldersee. Hurra!"

Das Gleiche ist nicht mehr ganz neu. Man hat es schon einmal gehört, aus dem Munde des Herrn v. Billow, und zwar in einem Zusammenhange, der dem englischen Bettler unangenehm in die Ohren klingen möchte. Die neuerliche Verwendung des Bildes vom Granitbecken erweckt die Vermutung, daß es eine autoritative Interpretation des Billowschen Etats sein will, und kann so in der Wirkung als eine bedächtige Abhöhung der damaligen Redenmantaden des Grafen im Reichstag aufgefaßt werden. Wenigstens scheint das ihr Sinn und ihre Absicht gewesen zu sein.

* Berlin, 21. April. Der in den Berliner Politischen Nachrichten aufgetauchte Gedanke, eine Vertragung des Landtags bis zum Herbst einzutreten zu lassen, falls er bis zur Verlegung des Reichstages sein Arbeitsquantum nicht erledigt

habe sollte, wird, wie ein parlamentarischer Berichterstatter verbreitet, in maßgebenden Kreisen des Abgeordnetenhauses nicht ernst genommen.

Eine Statistik über die "Gesundheits" wird gegenwärtig vorbereitet. Von der Regierung ist verlaßt worden, daß die Landräte in ihren Bezirken über den Umfang und die Ausdehnung der sogenannten christlichen Wissenschaft eingehende Mitteilungen anstellen. Die Statistik soll dazu dienen, den Antrag einzudämmen und ihn einen gesetzlichen Regel vorschreiben.

Die Märchenbrunnen-Angelegenheit ist bis zum Herbst verlegt worden, nachdem Stadtbaurat Hoffmann der Kunstdéputation einen neuen Entwurf vorgelegt hatte.

Das Aktionsprogramm der Regierung. Offiziell wird verbreitet: Wie aus gut unterrichteter Quelle verlautet, sieht die Regierung bezüglich der läuftigen Verhandlungen mit den fremden Mächten über die Handelsverträge den Auslaufen der Sitzungen in der Botschaftskommission, wie im Plenum des Reichstags mit Rücksicht auf die Befreiung der Gewerkschaften annehmen, nachdem er lange Zeit mehr in verdeckter Weise geführt worden ist. Konfessionelle Gewerkschaften war stets die Lösung der Mehrheit der Centrumsgruppen. Von Seiten des bekannten Kaplan Dabach wurde in der Trierer Landeszeitung zum Angriff gegen die "interkonfessionellen" Gewerkschaften, wie er die christlichen nennt, geblasen. Nun kommt dem Kaplan Dabach Hilfe aus Berlin. Dort hat eine Kommission, welche von den katholischen Arbeitervereinen Nord- und Ostdeutschlands eingesetzt worden ist, dieser Tage ein Statut ausgearbeitet, welches für die Berufsorganisationen der katholischen Arbeiter maßgebend sein soll. Der Paragraph 1 heißt:

Die Mitglieder der katholischen Arbeitervereine schließen sich, um ihre besonderen wirtschaftlichen Interessen zu schützen und zu fördern, zu beruflichen Fachabteilungen zusammen, die in ihrer allgemeinen Vereinigung im Gefügeverband der katholischen Arbeitervereine eine gewerkschaftliche Organisation darstellen. Als besondere Aufgaben derselben sollen gelten: 1. die Mitglieder in allen das Arbeitsverhältnis betreffenden Tagesfragen durch Vorträge, Diskussionen und Vergleichungen; 2. einen vermittelnden Einfluß bei Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Mitglieder ausüben u. c. r.

In dem zweiten Paragraphen heißt es dann, daß keine Aktion von den Arbeitern unternommen werden darf, welche nicht dem geistlichen Beirat zur Kenntnis gebracht worden ist. Sämtliche Beschlüsse bedürfen der Genehmigung des geistlichen Generalpräses des Verbandes.

Jede Verbandsgruppe muß sich einen Schuhheiligen als Patron wählen und in Ehren halten. Zum Schluß heißt es dann, daß die beruflichen Fachabteilungen für alle Mitglieder der katholischen Arbeitervereine obligatorisch sind. Die Statuten entsprechen also vollständig den Vorschlägen in dem bekannten Schreiben der katholischen Bischöfe gegen die christlichen Gewerkschaften. Ein Teil der Centrumsprese jubelt der Neugründung zu, während die Führer der christlichen Gewerkschaften schriftliche Opposition machen. Der katholische Arbeitersekretär Giesberg erklärt in der Westdeutschen Arbeiterzeitung, dem Organ der christlichen Gewerkschaften, daß besonders die Bestimmung in dem Statut, daß jedes Mitglied der katholischen Arbeitervereine gezwungenerweise Mitglied in den beruflichen Fachabteilungen sein muß, eine Kriegserklärung an die christlichen Gewerkschaften wäre. Er fordert in einem längeren Artikel die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften auf, Front gegen diese Neubildung zu machen.

Dieser ganze Kampf wird bedeutend zur Klärung der Gewerkschaftsbewegung beitragen und die fortgeschrittenen von den christlichen Arbeitern den freien Gewerkschaften zutreiben.

(*) Stuttgart, 20. April. Der katholische Volkschullehrerverein hatte bekanntlich im vorigen Jahr auf seiner Ravensburger Generalversammlung schlußendlich einige liberale Schulforderungen erhoben, die den Anfang zu einer mahllosen Hetze des Centrums gegen diesen Verein gegeben haben. Diese Hetze steigerte sich bis zu den großen Steden des Ulmer Katholikentages, auf dem das "göttliche Recht der Kirche über die Schule" bis auf das Zifferblatt über dem i nachgewiesen wurde. Die Leitung des katholischen Lehrervereins blieb trotz all diesem schwarzen Gewitter, das sich über ihrem Hause entfand, ihren Forderungen, vor allem der der fachmännischen Schulaufsicht, treu. Einzelne Schwädelinge, die in dem Sturm umfallen wollten, wurden von der Menge aufrecht erhalten. Durch unablässiges Wühlen und Schimpfen und besonders durch die Gewalt, welche die katholischen Geistlichen in den kleinen Landgemeinden über die Lehrer ausüben, ist es dem Centrum hier aber doch gelungen, einen kleinen Teil der katholischen Lehrer, die es die "konservativen" nennen, in Oppositionstellung zu ihrem eigenen Verein zu drängen und zur Gründung eines neuen Vereins zu veranlassen. Der Vorstand des alten katholischen Lehrervereins beriet wiederholt, wie die Berßplitterung zu verhindern sei, zeigte auch Entgegenkommen, ja ging sogar vor einigen Tagen so weit, seinen Rücktritt von der Vereinsleitung zu beschließen, damit die Mitglieder aufs neue entscheiden könnten, wen sie mit der Führung der Geschäfte betrauen wollen. Die zurücktretende Vereinsleitung war vor, Herbst mit Dreiviertel-Mehrheit gewählt worden. Das genügt aber der gewaltthätigen Centrumsprese noch lange nicht. Sie verlangt nichts weniger, als daß die katholischen Lehrer ihre Ravensburger Beschlüsse in aller Form widerufen und reumügt vor dem Bischof in Saar und Würzburg thun sollen. Da auf die Erfüllung dieses Verlangens zunächst nicht zu rechnen ist, so betreibt das Centrum den Kampf gegen die katholischen Lehrer weiter und sucht mit Hilfe pfälzischer Pressemittel dem alten Verein so viel als möglich Mitglieder abzutun zu machen. Bis jetzt ist erfreulicherweise der Erfolg nicht groß. Die "konervative" Richtung mag, wenn es hoch kommt, jetzt 200–300 Mitglieder zählen, bei ca. 1400 katholischen Lehrern im ganzen. Es ist aber immerhin recht charakteristisch, welchen Terrorismus das Centrum auf die Anhänger der katholischen Konfession auszuüben versucht, wenn diese sich nicht willenslos seinem Foch beugen.

kleine politische Nachrichten. Die Ministerkrise in Norwegen ist beendet. Bleibt der Staatsminister in Christiania und des Innern, Sigurd Ibsen Minister in Stockholm. Der bisherige Justizminister Odvar wird Mitglied des Staatsrats in Stockholm, Staatsrat Larstad übernimmt das Justizministerium. Der New Yorker Herald berichtet aus Managua (Nikaragua): Mitglieder der konservativen Partei und Gegner des Prääsidenten sprengten Mittwoch nach die dortigen Paraden in die Luft; beinahe 150 Personen wurden getötet.

(Fortsetzung in der 1. Beilage.)

Gier zu zwei Beilagen.

recht interessanter Zwischenfall. Der Forstamtsassessor, der die Versteigerung vorzunehmen hatte, ein königlicher Beamter, gab zu Beginn den erschienenen Bauern und Holzhändlern bekannt, daß auf jeden Fall über die Forsttaxe geboten werden muß. So der Forstzoll übernehme der Stadtmagistrat München sofort das ganze Quantum. Die Versteigerung begann und der Forstamtsassessor erreichte seinen Zweck, nämlich hohe Preise. Erst nachher stellte es sich heraus, daß die Behauptung, der Würzburger Stadtmagistrat nehme eventuell das ganze ausgeschlagene Quantum Brennholz zum Taxkreis, rein aus der Lust geplaudert und nur ein sogenannter Trick war. Der Würzburger Stadtmagistrat halte weder die Altsicht, den Bauern das notwendige Brennholz zu verteuern, noch die betreffenden Quantitäten überhaupt zu kaufen, es lag beim Forstamt weder ein Offset noch eine sonstige diesbezügliche Auseinandersetzung des Magistrats vor.

ws. Krefeld, 20. April. Das Centrum und die christlichen Gewerkschaften. Der Kampf gegen die christlichen Gewerkschaften beginnt im Centrums Lager wieder offene Formen anzunehmen, nachdem er lange Zeit mehr in verdeckter Weise geführt worden ist. Konfessionelle Gewerkschaften war stets die Lösung der Mehrheit der Centrumsgruppen. Von Seiten des bekannten Kaplan Dabach wurde in der Trierer Landeszeitung zum Angriff gegen die "interkonfessionellen" Gewerkschaften, wie er die christlichen nennt, geblasen. Nun kommt dem Kaplan Dabach Hilfe aus Berlin. Dort hat eine Kommission, welche von den katholischen Arbeitervereinen Nord- und Ostdeutschlands eingesetzt worden ist, dieser Tage ein Statut ausgearbeitet, welches für die Berufsorganisationen der katholischen Arbeiter maßgebend sein soll. Der Paragraph 1 heißt:

Die Mitglieder der katholischen Arbeitervereine schließen sich, um ihre besonderen wirtschaftlichen Interessen zu schützen und zu fördern, zu beruflichen Fachabteilungen zusammen, die in ihrer allgemeinen Vereinigung im Gefügeverband der katholischen Arbeitervereine eine gewerkschaftliche Organisation darstellen. Als besondere Aufgaben derselben sollen gelten: 1. die Mitglieder in allen das Arbeitsverhältnis betreffenden Tagesfragen durch Vorträge, Diskussionen und Vergleichungen; 2. einen vermittelnden Einfluß bei Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Mitglieder ausüben u. c. r.

In dem zweiten Paragraphen heißt es dann, daß keine Aktion von den Arbeitern unternommen werden darf, welche nicht dem geistlichen Beirat zur Kenntnis gebracht worden ist. Sämtliche Beschlüsse bedürfen der Genehmigung des geistlichen Generalpräses des Verbandes.

Jede Verbandsgruppe muß sich einen Schuhheiligen als Patron wählen und in Ehren halten. Zum Schluß heißt es dann, daß die beruflichen Fachabteilungen für alle Mitglieder der katholischen Arbeitervereine obligatorisch sind. Die Statuten entsprechen also vollständig den Vorschlägen in dem bekannten Schreiben der katholischen Bischöfe gegen die christlichen Gewerkschaften. Ein Teil der Centrumsprese jubelt der Neugründung zu, während die Führer der christlichen Gewerkschaften schriftliche Opposition machen. Der katholische Arbeitersekretär Giesberg erklärt in der Westdeutschen Arbeiterzeitung, dem Organ der christlichen Gewerkschaften, daß besonders die Bestimmung in dem Statut, daß jedes Mitglied der katholischen Arbeitervereine gezwungenerweise Mitglied in den beruflichen Fachabteilungen sein muß, eine Kriegserklärung an die christlichen Gewerkschaften wäre. Er fordert in einem längeren Artikel die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften auf, Front gegen diese Neubildung zu machen.

Dieser ganze Kampf wird bedeutend zur Klärung der Gewerkschaftsbewegung beitragen und die fortgeschrittenen von den christlichen Arbeitern den freien Gewerkschaften zutreiben.

(*) Stuttgart, 20. April. Der katholische Volkschullehrerverein hatte bekanntlich im vorigen Jahr auf seiner Ravensburger Generalversammlung schlußendlich einige liberale Schulforderungen erhoben, die den Anfang zu einer mahllosen Hetze des Centrums gegen diesen Verein gegeben haben. Diese Hetze steigerte sich bis zu den großen Steden des Ulmer Katholikentages, auf dem das "göttliche Recht der Kirche über die Schule" bis auf das Zifferblatt über dem i nachgewiesen wurde. Die Leitung des katholischen Lehrervereins blieb trotz all diesem schwarzen Gewitter, das sich über ihrem Hause entfand, ihren Forderungen, vor allem der der fachmännischen Schulaufsicht, treu. Einzelne Schwädelinge, die in dem Sturm umfallen wollten, wurden von der Menge aufrecht erhalten. Durch unablässiges Wühlen und Schimpfen und besonders durch die Gewalt, welche die katholischen Geistlichen in den kleinen Landgemeinden über die Lehrer ausüben, ist es dem Centrum hier aber doch gelungen, einen kleinen Teil der katholischen Lehrer, die es die "konservativen" nennen, in Oppositionstellung zu ihrem eigenen Verein zu drängen und zur Gründung eines neuen Vereins zu veranlassen. Der Vorstand des alten katholischen Lehrervereins beriet wiederholt, wie die Berßplitterung zu verhindern sei, zeigte auch Entgegenkommen, ja ging sogar vor einigen Tagen so weit, seinen Rücktritt von der Vereinsleitung zu beschließen, damit die Mitglieder aufs neue entscheiden können, wen sie mit der Führung der Geschäfte betrauen wollen. Die zurücktretende Vereinsleitung war vor, Herbst mit Dreiviertel-Mehrheit gewählt worden. Das genügt aber der gewaltthätigen Centrumsprese noch lange nicht. Sie verlangt nichts weniger, als daß die katholischen Lehrer ihre Ravensburger Beschlüsse in aller Form widerufen und reumügt vor dem Bischof in Saar und Würzburg thun sollen. Da auf die Erfüllung dieses Verlangens zunächst nicht zu rechnen ist, so betreibt das Centrum den Kampf gegen die katholischen Lehrer weiter und sucht mit Hilfe pfälzischer Pressemittel dem alten Verein so viel als möglich Mitglieder abzutun zu machen. Bis jetzt ist erfreulicherweise der Erfolg nicht groß. Die "konervative" Richtung mag, wenn es hoch kommt, jetzt 200–300 Mitglieder zählen, bei ca. 1400 katholischen Lehrern im ganzen. Es ist aber immerhin recht charakteristisch, welchen Terrorismus das Centrum auf die Anhänger der katholischen Konfession auszuüben versucht, wenn diese sich nicht willenslos seinem Foch beugen.

kleine politische Nachrichten. Die Ministerkrise in Norwegen ist beendet. Bleibt der Staatsminister in Christiania und des Innern, Sigurd Ibsen Minister in Stockholm. Der bisherige Justizminister Odvar wird Mitglied des Staatsrats in Stockholm, Staatsrat Larstad übernimmt das Justizministerium. Der New Yorker Herald berichtet aus Managua (Nikaragua): Mitglieder der konservativen Partei und Gegner des Prääsidenten sprengten Mittwoch nach die dortigen Paraden in die Luft; beinahe 150 Personen wurden getötet.

(Fortsetzung in der 1. Beilage.)

Gier zu zwei Beilagen.

Mittwoch den 23. April abends 8 Uhr

Grosse Volksversammlung im Pantheon, Dresdener Straße.

Tagesordnung:

Der Generalstreik in Belgien.

Referent: Redakteur Jaeckh.

Wir erwarten, dass die Leipziger Arbeiterschaft durch zahlreiches Erscheinen ihrer Sympathie für die belgischen Genossen Ausdruck giebt.

Das Agitationskomitee der sozialdemokr. Partei.

Der Vorstand des Gewerkschaftskartells.

Dienstag den 22. April abends 9 Uhr

Öffentl. Volksversammlung

im Saale der Goldenen Krone, Connewitz.

Tagesordnung: 1. Die Deutschrift der sächsischen Regierung betreffend die Umsatzsteuer und der Nutzen der Genossenschaften für die arbeitende Bevölkerung.
Referent: Herr Reichstagsabgeordneter Peus, Dessau.

2. Diskussion.

[8661]

Der Einberufer.

Arbeiter von Markranstädt u. Umg.

Mittwoch den 23. April abends 8 Uhr

Große öffentliche Versammlung

im Saale der Stadt Leipzig.

Tagesordnung: 1. Wie stellen wir uns zur Errichtung eines Gewerbegerichts für Leipzig-Land? Referent: F. Matisek, Obmann der Arbeitnehmerbesitzer des Gewerbegeichts in Leipzig. 2. Diskussion.

Arbeiter! Erwünscht vollständig in dieser wichtigen Versammlung! Auch die Arbeitgeber werden aufgefordert, sich an derselben zu beteiligen.

Die Vorstände der Markranstädter Gewerkschaften.

J. M. Alexander Tanger.

Klempner!

Dienstag den 22. April abends 19 Uhr Versammlung im Coburger Hof, Windmühlenstr. 11. 1. Die Aufgaben der Gewerkschaften. Referent: Genosse Lüttich. 2. Abrechnung vom Wintervergnügen. 3. Gewerkschaftliches.

[8768]

Achtung, Zimmerer!

Dienstag den 22. April abends 8 Uhr

Öffentl. Versammlung

im Saale zum Gosethal, Döbnerstraße 36.

Tagesordnung: 1. Arbeiterschutzegebung und der Einfluss der Gewerkschaftsbewegung. Referent: Genosse Wilh. Wittig. 2. Stellungnahme zur Feier des 1. Mai. 3. Gewerkschaftliches.

Recht zahlreiches und plünktliches Erscheinen erwartet Der Einberufer.

Dienstag den 22. April abends 19 Uhr

Grosser Vortrag für Damen

von Frau Plekert im Schloss Lindenfeld. Thema

wird am Vortragsabend bekanntgegeben, auch kann

dasselbe die Mitgliedschaft erworben werden.

Eintritt nur gegen Mitgliedsbuch.

[8758]

Donnerstag den 8. Mai (Himmelfahrt)

Ausflug nach Großstädten per Bahn.

(Alle weitere siehe Sommer-Programm.)

Der Vorstand.

Berichtigung: Im Sommer-Programm Seite 9 oben (Inserat Wilh. Röder) muß es heißen: Bonifatius-Kantabat anstatt Kantabat: Bonifatius-Verein.

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Seger in Leipzig. — Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Wettengesellschaft.

Drechsler aller Branchen!

Morgen Dienstag den 22. April abends 8 Uhr

Versammlung im Coburger Hof.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen K. Nonck über Arbeiter-
schaft. 2. Stellungnahme zur Feier des 1. Mai. 3. Gewerkschaftliches.

Nichtverbandsmitglieder können dieser Versammlung als Gäste beiwohnen.

Bahrreichen Besuch erwartet.

[8775] Die Sektionsleitung der Drechsler aller Branchen.

Achtung, Bau-Hilfsarbeiter!

Trotz wiederholter Aufforderung sind folgende seit 4 Wochen außerstehende Listen noch nicht eingegangen:

- 1950. Wolter, Lindenau.
- 1918. Weisse, Connewitz.
- 1912. Stolle, Neustadt, Martinistraße.
- 1910. Grabner, Volkmarshof, Ludwigstraße.
- 1909. Hempel, Volkmarshof, Ludwigstraße.
- 1905. Hoffmann, Trottes Bau, Seestraße, Grenzstraße.
- 1901. Wahland, Reudnitz, Grünstraße.
- 1886. Dill, Steiner's Bau, Kleinzschocher.
- 1887. Seifert, Gruner's Bau, Kleinzschocher.
- 1858. Helme, Sophie's Bau, Reudnitz.
- 1859. Schuster, Schilling's Bau, Plagwitz, Braustrasse.
- 1852. Wicht, Lindenau.
- 1868. Thomas, Mosches Bau, Lindenau.
- 1861. Müller, Ehlemanne's Bau, Connewitz.

Die Kollegen werden ersucht, auf die Nummern und Namen zu achten, damit sie vor Schaden bewahrt bleiben und die Listen, wenn sie zur Bezeichnung vorgelegt werden, an sich zu nehmen und uns zu übermitteln.

Die Lokalverwaltung der Bau-Hilfsarbeiter.

Krystall-Palast — Alberthalle.

Königl. Rumänischer

Cirkus Cesar Sidoli.

Heute Montag den 21. April 8 Uhr abends

Jour Fix (Rendez-vous der Sportwelt).

Erste Aufführung der grossen Ausstattungs-Pantomime

CHINA

welche in Berlin, Wien, zuletzt in Mailand, mit großem Succes aufgeführt wurde, ausgeführt von 300 Personen und 46 Pferden, darunter

60 Damen Ballett 60.

Vorher ein Programm von 10 der besten Nummern, Vorverkauf bei Herrn Flatau, Cigarrengeschäft, Goethestraße, sowie von 10 Uhr vorm. bis 2 Uhr nachm. im Cirkus.

Morgen Dienstag: CHINA.

Geschäfts-Anzeige.

Hierdurch biehre ich mich den geehrten Einwohnern von Leipzig-Ost, Anger-Grottendorf und Umgegend ergenst anzutzeigen, daß ich das Restaurant „Angerschlösschen“, Zweinanderstraße 10 von der Witwe Ida Kohlisch, Gesellschaftssaal mit Orchester, sowie der Anger-Grottendorf-Bahn, täglich übernommen habe. Durch langjähriges Praxis nutze ich alle mich biehrenden werten Gäste mit vorsätzlichen Geträufen: g. Bäuerlich sowie stadtbekannte Küche zu soliden Preisen bedienen und bitte, mein neues Unternehmen gütig zu unterstützen.

Leipzig-Anger-Grottendorf, den 21. April 1902.

Hochachtungsvoll Karl Robitzsch.

Restaurations-Uebernahme.

Einem geehrten Publikum, meiner werten Nachbarschaft und lieben Freunden und Bekannten zur gefälligen Nachricht, dass ich am heutigen Tage das in der

Grenzstraße No. 19 in L.-Reudnitz

gelegene

Restaurant nebst Frühstücksstube

und Destillation

übernommen habe. — Ich werde stets bestrebt sein, meine Gäste in jeder Weise gut zu bedienen und zu bewirken, und bitte um freundliche Unterstützung in meinem neuen Unternehmen.

Leipzig, den 20. April 1902.

Hochachtungsvoll

Kurt Grumpelt.

Befähigungsnachweis!

Die vom Verein der Zahnfürstler zu Leipzig inserierte Aufklärung, die von mir verarbeiteten Zähne enthalten Stahlstifte, erkläre ich als

gewissenlose Lüge.

Ich liese nur Zähne mit echten Platinastiften, für deren Haltbarkeit ich Garantie leiste.

Spielmann

praktischer Zahnaarzt

Reichsstraße 25.

[8774]

1. Beilage zu Nr. 90 der Leipziger Volkszeitung, Montag, 21. April 1902.

(Fortschreibung aus dem Hauptblatt.)

Aus dem deutschen Kolonialgebiet.

Ein bürgerliches Preßbüro meldet aus Matapi (Neurommen): Am 3. d. Mts. wurde Frau Hedwig Wolff mit ihrem Säugling in ihrem Hause in Paparalava von den Eingeborenen durch Axthiebe ermordet, während Wolff sich vom Hause entfernt hatte. Fräulein Toe, die zu Besuch bei Wolff war, floh in die Kirche, wo der Koch sich die Eingeborenen durch Drohungen fernhielt. Nach Abzug der Mörder reiste sich Fr. Toe durch den Busch nach der Missionstation Talabur. Die Verfolgung des schuldigen Stammes wurde sofort energisch betrieben. Alle Pflanzungen des Distriktes wurden zerstört und das Paparalava-Gelände von den Eingeborenen gesäubert, auf seiten der Eingeborenen wurden etwa 30 Deute getötet und zehn gefangen genommen. Die Polizeitruppe hatte keine Verluste. Eine weitere Ausbreitung der Unruhen ist nicht wahrscheinlich. Der stellvertretende Gouverneur Gahl ist schwer am Rieder erkrankt. Man wird weitere Nachrichten abwarten müssen.

Österreich-Ungarn.

Er korrigiert das Blatt.

Der Bürgermeister von Wien hat das Ergebnis der Handlungshilfswahl ins Gegenteil verkehrt. Es waren abgegeben worden: 4282 Stimmen für Soziale und Genossen und 5623 für die Sozialdemokraten Pict und Genossen. Von diesen 5623 wurden nun 4784 Stimmen kassiert, "weil die durch die Wahlauftreibung verlangten wahren Stimmzettel einen Stich ins Gelbliche halten." Dabei lag aber ein auffälliges Muster der "Weißheit" nirgends vor. Die blauweißen Zettel der Christlich-Sozialen fanden vor den Augen des gestrengen Queger Gnade, aber der gelblichweißen Zettel waren ihm zu viele. Die Wiener Arbeiterzeitung geht energisch gegen solchen infamen Rechtsdruck vor, durch den die offenkundige Wahl unserer Genossen hintertrieben wurde. Ja, wenn man auch einen "Queger" zum Bürgermeister hat!

Schweiz.

Bürosmittel- und Rohstoffzölle.

Aus der Schweiz wird uns geschrieben: Die Beratung des Zolltariffs im Nationalrat rückt sehr langsam vom Flede. Von den 1113 Positionen desselben wurden in den ersten zwei Wochen erst etliche Hundert behandelt. Besonders auch unter diesen die Lebensmittelzölle, die natürlich sehr viel zu reden geben, so ist doch nicht anzunehmen, daß das Marschtempo der Behandlung gegen das Ende so zunehme, um den Abschluß der Beratung Ende der nächsten Woche zu bewerkstelligen. Dazu stehen zu viel "Fachleute", interessierte sowie Freunde und Fretern von solchen im Rate.

Die Schilderung des Gangs der Verhandlungen mag man mir erlassen. Das Ergebnis läßt sich in die Worte zusammenfassen, daß die Agrarier und Schutzzöllner bis jetzt in allen wichtigen Positionen als Sieger hervorgegangen sind. Diese verdanken dies ihrem wohl-disziplinierten Vorgehen und dem im Herbst bevorstehenden Neuwählen, die ihre Schatten bei manchem Vertreter bauerlicher und genügsamer häuslicher Wahlkreise vorauswirken. Unsere Bauern wollen nur einmal Schutzzölle. Über Höhe und Wirkamkeit derselben zerbrechen sie sich nicht lange den Kopf. Je höher, um so lieber, ist ihre Lösung. Sie denken gar nicht daran, daß in dem Vertragstarif so manche Position eine derartige Reduktion erfahren dürfte, daß der Schutzzweck völlig verloren geht und im Grunde nichts anderes übrig bleibt, als ein Fiskalzoll. Ferner haben die Agrarier es verstanden, mit dem Konflikt zwischen Italien und der Schweiz Wasser auf ihre Mühle zu leiten. Das Wort Kampfzoll gegen Italien erfreut sich gegenwärtig einer besonderen Zugkraft. Volk und Parlament sind allgemein damit einverstanden, daß auch auf handelspolitischem Gebiete mit unserem Nachbarlande, das an uns einen sehr guten Abnehmer hat, einmal abgerechnet werden müsse.

Aber auch sonst operieren die Agrarier nicht ungeschickt. Sie unterlassen es im allgemeinen klugerweise, den Bauern gegen den Arbeiter auszuspielen. Bei der von der sozialpolitischen Gruppe beantragten Streichung des Kaffeezolls von 3,5 Franken stimmten sie mit. Gelang es auch bloß,

diesen um 1,5 Franken zu reduzieren, so rechnen sie sich das und anderes als hohes Verdienst gegen die Konsumenten oder die Arbeiterschaft an. Die Industriellen und ihre Vertreter im Rate hielten sie bis jetzt mit der vorläufig verschobenen Frage der Rohstoffverzollung im Schache.

Die in der Kommission beantragte Zollbefreiung auf Rohstoffe würde dem Bund einen jährlichen Einnahmeausfall von rund 1½ Mill. Franken verursachen. Für welches Geschenk unsere Fabrikanten natürlich sehr erkennbar wären. Bei diesen Positionen stimmen sie sich weder um die Finanzen des Bundes noch um die Thatsache, daß die meisten der hierzu gehörenden Tarifpositionen lächerlich niedrig sind. Sie bewegen sich zwischen 0,02 und 10 Franken. Der Antrag auf Reduktion des Zolls für Petroleum findet ihre Billigung nicht so ganz ungeteilt. Sie behaupten, eine solche von 1,25 auf 0,5 Franken käme weniger den Konsumenten als den ausländischen Lieferanten zu gute.

Mit der Heraushebung des Zollakes für Sprit von 7 auf 3,5 Franken, die gleichfalls vorgeschlagen wird, beabsichtigt man einen Uderlaß an den Bundesfinanzen zu Gunsten der Kantone. Der Reinertrag des Alkoholmonopols ist bekanntlich unter den Kantonen zu verteilen. Reduziert man den Zoll auf Sprit, beschneidet man die Einnahmen der Zollverwaltung jährlich um rund 210 000 Franken und vermehrt dieselben der Alkoholverwaltung um denselben Betrag. Es ist das ein Deutzeugen en miniature.

Frankreich.

Auch Sozialisten.

Paris, 21. April. Der Exekutivausschuß der republikanisch-radikalen und der radikal-sozialistischen Partei veröffentlicht einen Wahlaufruf, der von den Vizepräsidenten des Senats Combes und Desmouls, dem Senator Vallé, Louis Bourgeois, Henri Brisson, Maurice Faure, Melureur und Pellecan unterzeichnet ist und in dem es heißt: „Republikaner und Demokraten, wollen wir gemeinsame Reformen, die mehr Gleichheit und Gerechtigkeit in die sozialen Verhältnisse bringen; eine zweitürige, für alle gleiche Wissenschaftszeit, eine Reform der direkten Steuern, die Einführung einer Einkommensteuer, die den kleinen, überlasteten Steuerzahler entlasten soll, eine Organisation der Versicherungen gegen die Gefahren, die die sozialen Verhältnisse mit sich bringen, eine Entwicklung des landwirtschaftlichen Kredits und die Gründung einer allgemeinen Altersversicherungskasse für Arbeiter. Wir sind energische Verteidiger des individuellen Besitzes, und wollen deshalb verhindern, daß das Großindustriellen- und den Charakter einer neuen Feudalherrschaft annehmen; wir wollen Beschleunigung der Reformen, welche dadurch, daß sie das Sparen und Erwerben von Kapital erleichtern, die Zahl der kleinen Eigentümer vermehren und den sozialen Frieden gründen. Das ist unser Programm. Unter der Flagge des Nationalismus verbirgt sich die Gesamtheit der reaktionären Kräfte; wie werden sie durch die Einigkeit und die Disziplin aller republikanischen Kräfte.“

Schweden.

Das „Götenburger System“. — Die Reichsversicherungsanstalt. — Der Brannweinausschank und Kleinhandel in Stockholm ist von der Stadtverwaltung bereits vor einer Reihe von Jahren einer gemeinschaftlichen Gesellschaft als Monopol übergeben worden, um durch diese Ausschaltung der Privatinteressen am Brannweinverkauf der Trunksucht entgegenzuwirken. Eine der letzten Stadtverordnetensitzungen hatte sich mit der Frage zu befassen, ob das Monopol wiederum der alten Gesellschaft auf weitere drei Jahre überlassen werden, oder öffentlich ausgetragen werden sollte. Hier wurde beschlossen, der alten Gesellschaft wieder das Vertrauen zu schenken, doch fand zuvor eine Diskussion statt, die auf die Erfolge des Systems kein besonders günstiges Licht warf. „Da die Statistik“, so führte ein Stadtverordneter aus, „zeigt, daß der Brannweinverkauf in der Hauptstadt fort dauernd auf der selben Höhe steht, wie vor 15 Jahren, muß man fragen, ob es der Gesellschaft wirklich gegückt ist, den Brannweinkelum einzuengen. Nein, es sieht eher so aus, als hätte die Gesellschaft nichts in dieser Hinsicht gethan, denn daß der Brann-

weinverkauf nicht höher ist, als vor 15 Jahren pro Individuum, ist nicht das Verdienst der Gesellschaft, sondern das der Nüchternheitsbewegung.“ — Auch bezüglich der ökonomischen Verhältnisse der Gesellschaft machte der Redner mehrere Einwendungen. Da ist z. B. ein Direktor, der ein Jahresgehalt von 15 000 Kronen bezieht, dann ein pensionierter Direktor, dem die Kommune 6000 Kronen pro Jahr bezahlt, und ferner erhalten mehrere Vorstandesmitglieder, die teils in der Gemeindevertretung sitzen, je 1000 Kronen Gehalt pro Jahr, ohne daß sie sich dafür besonders anzustrengen brauchen. Von einer Seite wurde der Wunsch geäußert, die Gesellschaft, die jetzt von einem merkwürdigen Reformmeister geführt sei und überall großartige Lokale statt der alten ungemütlichen Schankstätten einrichte, möge in ihren Lokalen mindestens einen Mann einrichten, wo überhaupt keine Spirituosen verkauft würden. EinVerteidiger der Gesellschaft führte demgegenüber aus, daß es nicht Sache der Gesellschaft sei, für abso-lute Nüchternheit zu wirken, sondern vielmehr danach zu streben, sozusagen „die Sauferei zu ver-eilen.“ —

Da geht auch in Deutschland danach gestrebt wird, das sogenannte „Götenburger System“ des Spirituosenverkaufs einzuführen, so mögen diese Erfahrungen in Stockholm von Interesse sein. Uebrigens wurde in der Verhandlung auch hervorgehoben, daß in Göteborg noch manches zu lernen sei.

Die Regierungsvorlage über die Errichtung einer Reichsversicherungsanstalt beschäftigte dieser Tage beide Kammer des Reichstags. Der Staatsanschluß hatte aber an der Vorlage verschiedene Verschlechterungen vorgenommen. Die ganze Institution soll nach dem Wunsche dieser, bekanntlich vom schwedischen Klassensparlament gewählten Kommission auf den außerordentlichen Etat gesetzt werden, die Löhne sollen herabgesetzt werden, statt drei nur zwei Abteilungen eingerichtet werden und, was das ärgerlich ist, der Arbeiterversicherungsrat, nach der Regierungsvorlage zu gleichen Teilen von Arbeitern und Arbeitgebern zu wählen, soll weglassen. So sollen die Kosten der Anstalt für das nächste Jahr auf 108 000 Kronen, statt 112 100 Kronen, herabgedrückt werden und aus den Renten des Versicherungsfonds entnommen werden.

In der Ersten Kammer siegten die Anträge des Staatsausschusses nach kurzer Debatte mit 86 gegen 35 Stimmen, trotzdem der Ministerpräsident v. Oetter eifrig für die Regierungsvorlage gesprochen hatte. — In der Zweiten Kammer entspann sich eine lebhafte Debatte. Hier verteidigte der Civilminister v. Krause seine Partei, die Regierungsvorlage und hob u. a. besonders hervor, daß es bei der Heraushebung des Gehaltes für den Chef der Anstalt von 10 000 auf 8000 Kronen nicht leicht sein würde, einen wirklich sachverständigen und tüchtigen Mann für diesen Posten zu finden. Ferner trat Sjalmar Branting sehr energisch für die Vorlage der Regierung ein. „Es scheint das gemeinsame Schicksal für alle soziale Gesetzgebung in Schweden zu sein,“ sagte er u. a., „daß man mit guter Initiative und großer Eifer beginnt, um dann nach und nach zu reduzieren und zu beschränken, so daß man schließlich vor der Wahl und Dual steht, ob man nicht lieber die ganze Vorlage verwerfen sollte. — Nun hat die Regierung versucht, eine moderne Institution zu stande zu bringen und nicht nur den interessierten Parteien das Recht verleihen wollen, Aufschlisse zu geben, sondern auch das Recht der Initiative. Sofort war der Ausschluß ängstlich besorgt, jeder Verleihung der burokratischen Formen vorzubringen.“ — Außer Branting wendeten sich noch mehrere Liberale gegen die Ausschlußanträge. Diese wurden dann mit 116 gegen 104 Stimmen abgelehnt.

Wahlrechtsdemonstration.

Stockholm, 21. April. Am Sonntag fanden im ganzen Lande Kundgebungen zu Gunsten des allgemeinen Wahlrechts statt. Hier kam es im Laufe des Nachmittags zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und der Volksmenge, welche unter den Rufen „Nach dem Schlosse!“ den Polizeikordon zu sprengen versuchte. Die Polizei machte von der blanken Waffe Gebrauch; mehrere Personen wurden durch Säbelhiebe verwundet und fünf verhaftet. Eine Abteilung Militär hält mit aufgespanntem

Gleine Chronik.

Leipzig, 21. April.

Theaternachrichten. Im Neuen Theater gelangt am Dienstag Abend das Oper Händel und Gretel zur Aufführung, welcher das Ballett Wiener Walzer folgt.

Im Alten Theater beginnt Frau Käthe Frank ihr Gastspiel als Offizielle Frau.

Am Mittwoch findet im Neuen Theater eine Aufführung der Operntrilogie Dresdens von Felix Weingartner statt. Die Klytämnestra singt Frau Blasie Greifz-Abbrechen als Gatt.

Im Alten Theater geht am Mittwoch als 10. volksstümliche Vorstellung zu halben Preisen Minna von Barnhelm in Scena.

Der Donnerstag bringt im Alten Theater mit Frau Käthe Frank in der Hauptrolle die Erstaufführung der Novität Die Kollegin, Schauspiel in 4 Akten, von Hermann Kaisch.

Der kommende Freitag bringt im Neuen Theater die in der musikalischen Welt mit Spannung erwartete Erstaufführung der neuen Oper Yol. Vom. um nichts von C. Willers Stanford, die damit nach ihrem großen Erfolg in England zum erstenmale auf einer deutschen Bühne erscheint. Der ausgezeichnete Künstler, den der Komponist Dr. Stanford bestellt, schert aus ihrer lebendigen Werke ein volles Interesse. Dr. Stanford weiß seit einigen Tagen in Leipzig, um den leichten Proben seiner Oper und der Erstaufführung beizuhören. Die Besetzung des neuen Werkes ist die folgende: Vero: Fr. Weiß, Beatrice: Fr. Garbin, Don Pedro, Fürst von Aragon: Herr Schly, Don John, sein Halbbruder: Herr Greber, Claudio: Herr Urius, Benedikt: Herr Karl Groß, Ospat, Gerichtsdienst: Herr Schlesper, Leonato, Gouverneur von Messina: Herr Ulrich, Porcaccio: Herr Marion, Pater: Herr Frick. Die Regie führt Herr Oberregisseur Goldberg, die musikalische Direction Herr Kapellmeister Post.

Leipziger Theaterbrief. Aus Berlin wird uns vom 20. April geschrieben: Im Theater des Westens veranstaltete die Neue Bühne ihre zweite Vorstellung. Ein dreitägiges Schauspiel: Die Hochstapler von Alfred Rosling ging in Scena. Das Stück will offenbar einen Vertrag zur Psychologie des Verbrechertums geben und einer Species des selben nach der Regime: Alles versteht, heißt alles vorzehlen, in der allgemeinen Verhängung einen höheren Rang erkämpfen. Herr Alfred Rosling

vertritt die Meinung, daß innerhalb einer Stupslos freiberenden, auf allen erlaubten und unerlaubten Wegen dem Gewinn nachjagenden, parasitären Gesellschaft auch der phantastische Freibeuter seine Existenzberechtigung hat, der sich als geschafter Gesellschaft in vornehme Kreise mischt und sich die unheimlichen Sehnsüchte umgangs von denen, die es leisten können, teuer bezahlen läßt. Sein Held ist ein Schwindler und Abenteurer, der unter dem hochtrabenden Namen eines Grafen Alcantarero allerhand phantastische Gaunerstreichs verübt, der unverstandene Bürgergattungen, die sich aus ihren engen Begrenzen in die große Welt hinausziehen, entführt und mit seiner Liebe beglückt. Der Spießbürgers, Bücherer und Geschwader des Gelds abnimmt und sich schließlich aus Furcht vor der Justiz eine Stugel durch den Schädel jagt.

Doch man außer dem fratzähnlich fassbaren Industriertum noch einen großen Teil freibamer Gesellschaften an den Hochstaplern im weiteren Sinne des Wortes rechnen kann, mag zugegeben werden. Wer mehr scheinen will, als er ist, und sich durch diesen falschen Schein Vorteile zu verschaffen weiß, kann immerhin ein „Hochstapler“ genannt werden. Er selbst wird dadurch ebensoviel schlechter, als sein Kollege im Rückhäutlergewand dadurch besser wird. Ein Lump ist und bleibt der eine so gut wie der andere. Die Weisheit, die Herr Alfred Rosling predigt, läuft also auf ein Spiel mit Wörtern hinaus und sie liebt sich mit scheinlichen Tendenzen vielleicht in einer Pose vertreiben. In einem Drama wirkt sie teils ablehnend, teils unfreiwillig töricht. Aber es ist vielleicht überflüssig, so viele Worte über eine Art zu verlieren, die die geistige Inferiorität, die lächerliche Impotenz und den technischen Dislektionsmus ihres Verfassers in wahrhaft grotesker Weise dokumentiert. Ein Verein, der solchen Nachwerten seine Unterstützung lehnt, ist dadurch ein für allemal gerichtet, und die von mir des öfteren ausgesprochene Ansicht, daß Freie Bühnen und Vereine mit ähnlichen Tendenzen in Berlin zur Zeit überflüssig seien, wurde durch diese zweitürige Veranlagung der Neuen Bühne wiederum bestätigt.

Im Neuen Theater gastiert gegenwärtig ein französisches Ensemble, dessen „Stern“ Frau Jeanne Cheirel vom Theater des Palais royal in Paris ist. Man gibt die Originale jener lustigen und plattanen Boulevardstücke, die wir sonst in unserem Residenztheater zu sehen bekommen: Die Dame von Magim, den Frauenjäger sc. Realisch brachten die Franzosen ein Stück, das die Berliner noch nicht kannten, den Dreikäfer Sacré

de sonne von Pierre Wolff. Der „Teufelskral“ de sonne ist ein schüchtern junger Provinzler, der nach Paris kommt, um die Tochter seines Onkels Debiennes zu heiraten. Sein linkisches Auftreten, seine lomische Toilette, sein struppiger Bart erregen allgemeines Entsetzen, und der Onkel beschließt, den ungeschliffenen Diamanten erst für die Ehe brauchbar zu machen. Der Träumer soll das Leben lernen, und man führt ihn zu diesem Zweck zu einer halbwüchsigen Namens Tochter. Der liebendwürdige Tee und dem guten Champagner gelingt im Handumdrehen die Verwandlung des unverhorbenen Provinzlers in einen raffinierten Lebemann. De sonne wird schließlich ein Teufelskral und die liebe Cousine hält ihn nun für witzig, ein Pariser Chemann zu werden.

Das Stück, das reich an satyrischen Missfällen gegen das moderne bürgerliche Familienleben ist und eine tolle lustige Scenen und virtuos gezeichnete Villstertypen enthält, wurde von dem französischen Ensemble recht brav gespielt. Freilich, besser als unsere Residenztheater-Aufführungen war diese Pariser Originalvorstellung durchaus nicht, und namentlich die prima donna Cheirel ragt durch nichts über die bekannten Berliner Vertreterinnen ihres Fachs empor. Eine Neffenhofer, ja selbst eine Jenny Groß nimmt die Konkurrenz mit keinerlei.

Im Zwischenakt produzierte sich der vielgenannte Pariser Polifänger Paulus, der „König der Chansons“. Es ist ein humorvoller älterer Herr mit bewegtem Mienens- und Gesichtsbewegen und ungewöhnlicher Lungenkraft, der in das Blütig des Wintergartens ganz gut hineingesetzt hätte. J. S.

— Pietro Mascagni dirigiert gestern abend im Opernhaus in Dresden die Cavalleria rusticana.

— Beydenkeler in Berlin. An dem Festabend zur Feier des 70. Geburtstages des Geh. Medizinalrats Professor Dr. v. Leyden nahmen teil: Kultusminister Stobi, Ministerialdirektor Althoff, Oberpräsident Bötticher, Oberbürgermeister Alischer, Geheimerat Walbeyer, Präsident und andere hervorragende Persönlichkeiten, zahlreiche Damen, im ganzen über 1500 Personen. Der Kultusminister Stobi brachte ein Hoch auf den Förderer von Kunst und Wissenschaft aus. Geheimerat Walbeyer feierte den Jubilar. Leyden dankte lieblich für alle Ehren und tostete auf die Berliner Uni-verseit. Der Kultusminister sprach sodann Lieder auf die Berliner Uni-verseit. Die Kultusminister sprach sodann Lieder auf die Berliner Uni-verseit. Leyden dankte Name heute in der ganzen Welt gefeiert werde.

